

# Antrag Nr. 05-F-02-0054

## 16 Büro der STVV

---

### Betreff:

Aufgabenschwerpunkte der Nassauischen Sparkasse (Naspa)  
Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 07.11.2005

### Antragstext:

#### Vorbemerkung:

Sparkassen sind gemäß Hessisches Sparkassengesetz "dem gemeinen Nutzen dienende Wirtschaftsunternehmen". Das Geschäftsergebnis der Sparkassen ergibt sich demzufolge aus einer optimalen Kapitalrendite, abzüglich der gewollten, infrastrukturellen Daseinsvorsorge. Bestünde ausschließlich ein Geschäftsinteresse, unterschieden sich Sparkassen nicht länger von Geschäftsbanken, was sich in der Anforderung einer entsprechenden Rendite niederschlagen müsste.

Eingedenk dieser Vorbemerkung möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

1. Die Kreditvergabemöglichkeiten eines Geldinstituts werden begrenzt durch seine Eigenkapitalausstattung. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt, dass der Magistrat mit Beschluss Nr. 0951 vom 1.11.2005 beschlossen hat, zur Verstärkung des Eigenkapitals der Nassauischen Sparkasse eine stille Einlage "bis zu einer Maximalhöhe von 90 Mio. € - zuzüglich der von anderen Gewährsträgern nicht oder nicht vollständig genutzter Quoten - zu zeichnen".
2. Die Sparkassen sind Bestandteil der Daseinsvorsorge, insbesondere für Arbeitnehmer, den Mittelstand und der gewerblichen Wirtschaft. Die Stadtverordnetenversammlung lehnt deshalb nachdrücklich Überlegungen zu einer Gestaltung der Gebührenordnung durch Sparkassen ab, die mit dem Ziel betrieben wird, sich den besagten Kundenkreis zu entledigen.

Der Vorstand der Naspa wird gebeten, darzustellen,

3. wie der Wiesbadener Mittelstand a) mit Eigenkapital und b) mit Fremdkapital versorgt werden kann, damit Existenzgründer, Klein- und Mittelständler sowie Sanierungen bestmöglich gefördert werden können,
4. mit welchen Qualitätsstandards die Naspa ihre Kunden auch in der Fläche mit Finanzdienstleistungen versorgt,
5. in welchem Umfang die Naspa über das klassische Sparbuch hinaus zur Umsetzung sozialpolitischer Anliegen beitragen kann, insbesondere zur Beratung über Kapital gedeckte Zusatzversicherungen, damit eingedenk des gesetzlich fixierten Absenkens der Renten um ein Drittel durch den Nachhaltigkeitsfaktor sowie der nachgelagerten Besteuerung in Zukunft die finanzielle Belastungen der Kommune im Rahmen der Grundsicherung von derzeit zusätzlichen 3 Mio. € minimiert werden können.

### Begründung:

**Antrag Nr. 05-F-02-0054**  
**16 Büro der STVV**

---

Wiesbaden, 07.11.2005

Bernhard Lorenz  
Fraktionsgeschäftsführer

Dr. Sven-Uwe Schmitz  
Fraktionsvorsitzender